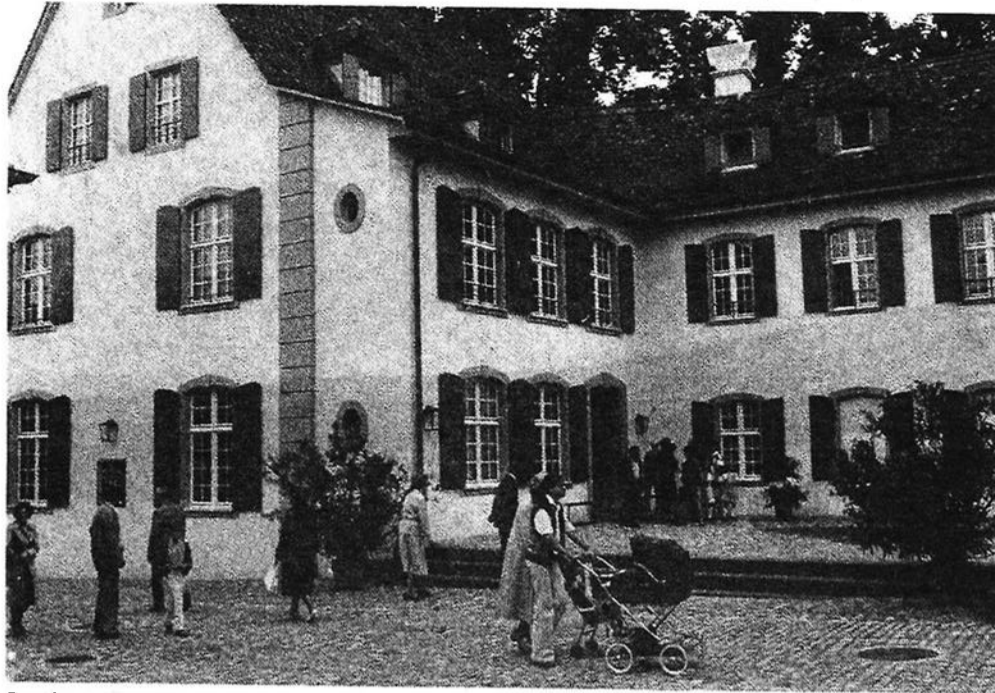


Grünes Licht für Musikschule

In seiner Sitzung vom Mittwochabend unter dem Vorsitz von A. Kobelt stimmte der Weitere Gemeinderat in erster Lesung dem Reglement über die Gewährung von Beiträgen auf Erhaltung wertvoller Bausubstanz zu, genehmigte den Vertrag mit der Musik-Akademie Basel über den Betrieb einer Musikschul-Filiale in Riehen und bewilligte den hierfür notwendigen Betriebskredit von Fr. 450 000 pro

Jahr und genehmigte einen Kredit von Fr. 185 000 für die Herausgabe einer Riehener Gemeindekunde für Neuzuzüger und Schulen. Im weiteren überwies er verschiedene Anzüge. Der Bericht zum Anzug betr. Schutz der Wettsteinpromenade und der Bericht der Kommission für Gemeinderatsentschädigungen werden erst in der September-Sitzung behandelt.



Rund 2000 Personen besichtigten am letzten Wochenende die Musikschule.

Zu Beginn der Sitzung begrüsst der Präsident das neue Ratsmitglied Dr. W. Brandenberger (LDV), der für Dr. P. Herberich nachrückt. Gleichzeitig gibt der Präsident den Rücktritt von Sr. Elisabeth Stuber VEW infolge vermehrter beruflicher Inanspruchnahme bekannt. Für die abwesende Statthalterin E. Arnold VEW amtiert W. Brunschwiler CVP als Statthalter.

Bausanierungsreglement genehmigt

Nach zahlreichen Grundsatzklärungen und der Behandlung verschiedener Abänderungsanträge verabschiedet der Rat in erster Lesung den Bericht der Kommission über den Erlass eines Reglementes über die Gewährung von Beiträgen zur Erhaltung wertvoller Bausubstanz und das dazu gehörige Bausanierungsreglement. Das Reglement ermöglicht die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten der Sanierung von historisch-architektonisch und für den Siedlungscharakter wertvoller Bauten.

Der Präsident der Kommission, Dr. P. Mathys (LDV), erklärt, das Reglement soll kurz und lesbar sein. Mit dem Reglement beschreibe die Gemeinde Neuland und habe auf diesem Gebiet noch keine Erfahrung. Gemeinderat Dr. M. Christ erklärt, der Gemeinderat stimme dem Reglement zu und sei froh, dass es einfach abgefasst sei. Allerdings brauche man einige Zeit, bis eine Praxis der Anwendung da sein werde.

H. Mory (VEW) ist als Anzugsteller zufrieden, dass der Anzug erledigt werden kann. Als Kommissionsmitglied freut er sich, dass der jetzige Entwurf gegenüber dem ersten vereinfacht werden konnte und als Fraktionssprecher ist er mit dem Bericht und dem Reglement einverstanden. Ihr Einverständnis äussern ebenfalls M. Chiquet (CVP), und Dr. W. Brandenberger (LDV) sowie Kari Senn (SP), der darauf hinweist, dass nicht nur für den Bauherren, sondern auch für allfällige Mieter die Belastungen nicht zu hoch sein sollen.

K. Vetter (POB) begrüsst das Reglement. Er ärgert sich aber, dass der Steuerzahler überall zahlen muss, damit unsere Umwelt nicht durch die privaten Grundbesitzer kaputt gemacht wird.

Detailberatung

Dr. F. Bachmann (LDU) will in der Detailberatung den Begriff «städtebaulich» durch «für den Siedlungscharakter wertvoll» ersetzen. Mit grossem Mehr stimmt der Rat zu. Ein Antrag von K. Vetter (POB), auch «sozial wertvolle Bauten» als beitragsfähig zu bezeichnen, lehnt der Rat dagegen mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen ab. Ein Antrag von K. Vetter (POB), der im Paragraphen über die Beitragsfähigkeit den Kanton speziell diskriminieren will, wird nach einem Votum von Kommissionspräsident Dr. P. Mathys (LDV) mit grossem Mehr abgelehnt. Im Paragraphen über das Prüfungsverfahren für die Beitragsgesuche wird ein Präzisierungsantrag von Dr. W. Brandenberger (LDV) mit grossem Mehr angenommen. H. Mory (VEW) erkundigt sich, ob eine Rekursmöglichkeit gegen Beitragsentscheide des Gemeinderates bestehe. Dr. P. Mathys (LDV) führt aus, dass ein Rekurs an den Regierungsrat im Gemeindegesetz vorgesehen sei. Da man im Re-

glement aber ausdrücklich betone, dass kein Anspruch auf Beiträge bestehe, könnte ein solcher Rekurs sich nur auf Formfehler beziehen. Ein Antrag K. Vetter (POB), der im Paragraphen über die Festsetzung der Höhe des Gemeindebeitrages Beiträge anderer Stellen angemessen berücksichtigt haben will, wird abgelehnt. K. Senn (SP) erkundigt sich, ob man theoretisch hundert Prozent der Bausumme zusammenbringen könne. Dr. P. Mathys (LDV) erklärt, es könne Fälle geben, wo man wirklich den letzten Franken geben müsse.

Dr. W. Brandenberger (LDV) verlangt, dass im Paragraphen über den Widerruf von Beiträgen, wenn die an dessen Gewährung geknüpften Auflagen nicht erfüllt worden sind, der Begriff «kann» durch «muss» ersetzt wird. Mit 18 gegen 11 Stimmen wird der Antrag angenommen.

K. Vetter (POB) findet, dass die Rückzahlungspflicht, wenn die Liegenschaft vor Ablauf von 10 Jahren nach Ausrichtung des Beitrages verkauft wird usw. zu kurz sei und 20 Jahre betragen sollte. Als Anlass für eine Rückforderung will Dr. F. Bachmann (LDU) auch allfällige nicht bewilligte Änderungen aufnehmen. Dr. P. Mathys (LDV) glaubt, dass man Leuten, die solche Beiträge bekommen, vertrauen sollte. K. Vetter (POB) dagegen findet, dass doppelt genäht besser hält. Dann wird der Antrag Vetter mit der 20-jährigen Frist mit 17 gegen 12 Stimmen abgelehnt und dem Antrag Bachmann mit 14 gegen 2 Stimmen zugestimmt.

Nach einem Antrag von Dr. F. Löffler (LDV), auf eine zweite Lesung zu verzichten, gibt es Diskussionen über zwei redaktionelle Ungereimtheiten. Dies veranlasst Dr. R. Hartmann (VEW), einen Gegenantrag zu stellen. Somit wurde mit 17 Nein gegen 12 Ja eine zweite Lesung beschlossen.

Musikschulvorlage unter Dach

Nach etlichen Grundsatzvoten und einigen Bemerkungen zum Betriebsvertrag beschliesst der Rat, den Vertrag der Gemeinde Riehen mit der Musikakademie der Stadt Basel über den Betrieb einer Musikschul-Filiale in Riehen zu genehmigen und hierfür einen jährlichen Kredit von Fr. 450 000 zu bewilligen. Der Musikschulbetrieb soll im Frühjahr 1980 aufgenommen werden. Mit Ausnahme der CVP und POB stimmen alle Fraktionen der Vorlage zu.

Gemeinderat W. Zürcher dankt dem Präsidenten der parlamentarischen Kommission Dr. E. Fischer für seine Vorarbeit, dank der man, nachdem der Weitere Gemeinderat seinen Beschluss gefasst hatte, sehr rasch zum Abschluss des Vertrages gekommen sei. Autonomie heisse nicht, alles selber machen wollen, im Rahmen der Autonomie könne man auch eine Dienstleistung von jemand anderem besorgen lassen. Man könne auch den alten Spruch, wer zahlt befiehlt, hier anwenden. Es würde der Musikakademie nicht gut anstehen, wenn ihr Filialbetrieb in Riehen nicht laufen würde. Die Mitsprache der Gemeinde sei berücksichtigt.

W. Brunschwiler (CVP) erklärt, seine Partei sei immer für eine gemeindeeigene Musikschule eingetreten. Das Misstrauen gegenüber der Filiallösung sei nicht unberechtigt. Die Schulkommission könne wohl in gewissen Fällen Stellung nehmen, doch habe sie keine Mitbestimmung, es gebe zu viele Gummi-Paragraphen. Für die Musikschule müsse der Steuerzahler enorme Beiträge leisten, die CVP bedaure, dass Riehen etwas aus den Händen gegeben habe.

Ganz gegenteiliger Ansicht ist Frau Gret Im Hof (LDV). Sie ist froh, dass der lange und dornenvolle Weg zur Musikschule glücklich zu Ende gegangen sei. Riehens Forderungen seien sehr weitgehend erfüllt. Der Vertrag sei eindeutig und verständlich. Sie dankt Gemeinderat W. Zürcher und dem Ratskollegen Dr. E. Fischer. F. Weissenberger (FDP) erklärt, seine Partei sei nicht so pessimistisch wie W. Brunschwiler. Die Bevölkerung Riehens erwarte, dass der Betrieb im Frühjahr 1980 aufgenommen werde. Dr. M. Schüpbach (VEW) kann den Voten von W. Brunschwiler zwar ein wenig Verständnis entgegenbringen, findet aber, wenn er die zehnjährige Geschichte dieser Musikschulvorbereitungen betrachtet, dass die heutige Lösung nach echtem Kompromissbemühen ein guter Vorschlag sei. Die Musikakademie werde stark gefordert und nehme viele Auflagen in Kauf. Jetzt müsse man Mut zum

Experiment aufbringen. Nach sechs Jahren sei immer noch ein Eigenbetrieb möglich. Es sei keine Muss- oder Liebesehe, sondern eine Vernunfthe.

Dr. P. Weidkuhn (SP) stimmt ebenfalls zu und ist froh, dass endlich etwas erfreuliches passiert. Dr. F. Löffler (LDV) tritt dafür ein, dass derjenige, der es am besten kann machen soll. Im Posten der Sekretärin sieht er die Gefahr, dass diese zwischen der Gemeinde und der Musikschule hin und her gerissen wird. Dann dankt Gemeinderat W. Zürcher für die gute Aufnahme der Vorlage und erklärt, nur wenn der Vertrag jetzt genehmigt werde, könne die Schule im Frühling eröffnet werden. Mit 26 Ja und 0 Gegenstimmen, bei 7 Enthaltungen (CVP und POB) wird der Vertrag genehmigt.

Gemeindekunde

Der Rat nimmt die Vorlage für die Herausgabe der Gemeindekunde, die an Neuzuzüger, Jungbürger und Schulen abgegeben werden soll, positiv auf und bewilligt den hierzu erforderlichen Kredit. Der Gemeinderat ist auf Antrag hin bereit, die Auflage auf 12 000 Exemplare zu erhöhen (Gesamtpreis Fr. 185 000), nachdem von verschiedener Seite der Wunsch geäußert wurde, auch bereits in Riehen Anässigen die Möglichkeit zu verschaffen, das Buch gratis oder verbilligt zu bekommen.

Gemeindepräsident G. Kaufmann erläutert die Vorlage und erklärt, dass es bei der heutigen Mobilität des Einzelnen schwierig sei, jemanden an seiner Wohnsitzgemeinde zu interessieren. Dennoch bestehe vielerorts das Bedürfnis nach vermehrter, leicht verständlicher Information über die Gemeinde, vor allem bei Neuzuzüger. Die Neuzuzügerfahrten, die der Verkehrsverein organisiert, bilden dabei die Praxis, während die Gemeindekunde die theoretische Basis darstellt.

J. Kaeslin (CVP) weiss zu berichten, dass Neuzuzüger diese Aufmerksamkeit zu schätzen wissen. E. Dänzer (FDP) unterstützt den Antrag des Gemeinderates und wünscht, dass das Buch nicht nur an Neuzuzüger, Jungbürger und Schulen, sondern an alle Familien in Riehen, die es wünschen, abgegeben werden soll. Dr. W. Brandenberger (LDV) wünscht, dass man das Buch noch etwas mehr komprimiert und so die Auflage steigern kann, damit man es auch weitem Interessenten ins Haus schicken kann.

U. Flückiger (VEW) findet, dass der Rahmen der Empfänger zu eng gesteckt sei und dass man das Buch doch an weitere Interessenten abgeben soll. N. Dressler (POB) kann nicht feststellen, was im Buch steht, begrüsst aber seine Abgabe. Dr. P. Mathys (LDV) findet es nicht als selbstverständlich, dass man eine Blankozustimmung zu einem solchen Werk gibt.

Gemeindepräsident G. Kaufmann erklärt, dass der Gemeinderat bereit sei, das Buch auch langjährigen Einwohnern abzugeben. Dadurch müsse man die Auflage auf etwa 12 000 erhöhen, was dann einen Gesamtbetrag von Fr. 185 000 erfordere. Mit grossem Mehr stimmt der Rat zu.

Anzüge

Auf einen Antrag von Dr. M. Schüpbach (VEW) wird die Sitzung um 22.45 Uhr abgebrochen, nachdem zuvor noch einige Anzüge überwiesen worden sind.

So wird ein Anzug von Dr. R. Hartmann (VEW) betr. Auszeichnung von kulturellen Leistungen überwiesen sowie ein Anzug von N. Dressler (POB) betr. Hilfe an Nicaragua und ein Anzug M. Raith (VEW) betr. Verwalter des Gemeindepitals.

Nicht überwiesen wurden ein Anzug K. Vetter (POB) betr. den besseren Einbezug der Betagten in das Leben der Gemeinde, ein Anzug W. Brunschwiler (CVP) für eine engagiertere Anteilnahme am politischen Leben in der Gemeinde und ein Anzug J.R. Geigy (FDP) betr. Dachantennen. Zur Frage der Dachantennen erklärt der Gemeinderat, dass das Reglement über die Gemeinschaftsantenne die Möglichkeit gebe, nicht mehr gebrauchte Dachantennen entfernen zu lassen. Es gebe aber auch Antennen von Leuten, die nicht an die Anlage angeschlossen sind und deshalb ihre Antenne auf dem Dach brauchen.

Den Anzug von W. Brunschwiler will der Gemeindepräsident nicht überweisen lassen, weil er ein zu weit gefasstes Spektrum umfasst. Dem Anzugsteller stehe es frei, zu einzelnen Punkten separate Anzüge einzureichen.

Zum Anzug von K. Vetter (POB) findet Gemeindepräsident G. Kaufmann, dass der Gemeinderat sich bei der Frage der Betagtenprobleme vom Bericht der Kommission für medizinische Versorgung leiten lassen will. Im weiteren liegen noch kleine Anfragen vor von K. Senn (SP) betr. Sitzgelegenheiten im Brühl, sowie von H. Leubin (FDP) betr. Breitmattenweg und betr. Ruhebänke beim Amphibienweiher.